



---

## **Zukunft bäuerlicher Familienbetriebe und ländlicher Räume stärken!**

Bäuerliche Familienbetriebe – Das grüne Fundament für unser Land

### **Anliegen zu den Koalitionsverhandlungen für die Bildung der neuen Bundesregierung 2021 bis 2025**

---

Am 26. September 2021 haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gewählt, darunter auch die Bauernfamilien in Bayern. Wichtig ist nun, dass die Parteien rasch konstruktive Sondierungs- und Koalitionsgespräche aufnehmen und sich zügig auf eine Regierungsbildung einigen. Die Parteien stehen in der Verantwortung, die richtigen Weichen für die Zukunft der gesamten Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raums zu stellen.

Die bäuerlichen Familienbetriebe sind das grüne Fundament unseres Landes. Sie brauchen klare Zukunftsperspektiven für ihre betriebliche Weiterentwicklung und dringend mehr Wertschätzung für die Arbeit auf ihren Höfen. Die Land- und Forstwirtschaft ist Teil der Lösung vielfältiger Aufgaben unserer Zeit – zum Beispiel Ernährungssicherung und Klimaschutz, hierfür muss die Politik gute Rahmenbedingungen setzen.

#### **10 Kernanliegen an die Parteien und die künftige Bundesregierung**

In Orientierung an den Ergebnissen der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission sind die nachfolgenden Punkte Kernanliegen an die Parteien und die künftige Bundesregierung:

1. Zum Zukunfts- bzw. Landwirtschaftsstandort Deutschland und zur Kernaufgabe – Versorgungs- und Ernährungssicherheit als Grundlage für die Gestaltung eines Prozesses der nachhaltigen Weiterentwicklung – bedarf es eines klaren Bekenntnisses, indem Artikel 20 a des Grundgesetzes *Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere* um die Ziele Ernährungssicherung und Klimaschutz ergänzt wird.
2. Heutige Landwirtschaftsflächen sind zu erhalten, Flächenfraß ist zu stoppen.
3. Für alle in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ist langfristig eine solide soziale Absicherung zu gewährleisten. Die soziale Sicherung von Bauernfamilien braucht nachhaltige Stabilität.
4. Tierhaltung in Deutschland ist mit hohen Standards im Tier- und Umweltschutz ein wichtiges Argument für Perspektiven der Nutztierhaltung vor Ort: Umsetzung des Konzepts der Borchert-Kommission.
5. Die weitere Veränderung hin zu noch mehr Nachhaltigkeit bedarf unabdingbar der betriebswirtschaftlichen Tragfähigkeit als Voraussetzung.
6. Nur eine ausreichende Wertschöpfung am Markt sichert die Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Familienbetriebe. Dafür bedarf es auch eines Rechtsrahmens für eine umsetzbare Haltungs- und Herkunftskennzeichnung.
7. Eine Forschungs- und Innovationsoffensive „Zukunftswirtschaft – Deutschland“ ist umzusetzen.
8. Ziel der Politik in Deutschland ist es, dass keine Verlagerung der Land- und Ernährungswirtschaft ins Ausland erfolgt und damit auch sogenannte Leakage-Effekte vermieden werden.
9. Gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist es, den Prozess der nachhaltigen Weiterentwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen und auch zu finanzieren. Die Stärkung der Ernährungs- und Verbraucherbildung von klein auf ist unabdingbar.
10. Leitlinie ist der Vorrang für das Kooperationsprinzip und insbesondere für regionale Kooperationen zwischen Landwirtschaft, Vermarktern und Verbrauchern. Zudem ist der Grundsatz „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ Richtschnur der Politik in Deutschland.

Ergänzend bildet der nachfolgende Positionen und Anliegen eine wichtige Richtschnur für die Bundespolitik der neuen Legislaturperiode:

## **Positionen und Anliegen** **zur Stärkung der Zukunft bäuerlicher Familienbetriebe und des ländlichen Raums**

### **1. Wahrung des Eigentums: Grund und Boden als Bewirtschaftungsgrundlage sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten**

- Dies als Leitlinie und Basis in Bezug zur Land- und Forstwirtschaft für:
  - ⇒ geplanten Green Deal – vor allem Klimaschutzstrategie, farm-to-fork-Strategie, Biodiversitätsstrategie, Forststrategie – auf EU-Ebene unter Berücksichtigung vorheriger Folgenabschätzungen
  - ⇒ Versorgungssicherheit mit heimischen Nahrungsmitteln
  - ⇒ erneuerbare Energieversorgung
  - ⇒ mehr Bioökonomie
  - ⇒ kooperative Leistungen für die Umwelt, den Klima- und Artenschutz
- Breite Eigentumsstrukturen aufrechterhalten und „Bauernland in Bauernhand“
- Keine weitere Aushöhlung des Eigentums
- Land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen erhalten und Flächenfraß stoppen
- Vorrang der freiwilligen Kooperation vor hoheitlichen Maßnahmen
- Bekenntnis der Politik: Stalleinbrüche sind illegal.

### **2. Bäuerliche Familienbetriebe und ländliche Räume: Regionalität in den Fokus rücken**

- Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe, des ländlichen Raums insgesamt und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land:
  - Versorgungssicherheit mit regionalen Lebensmitteln gewährleisten und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern
  - Diversifizierung in der Landwirtschaft fördern und Direktvermarktung und Beherbergungsbetriebe stärken
  - Lebendige Dörfer als Herzstück der ländlichen Räume unterstützen
  - Gute vielfältige Infrastruktur und innovative Mobilitätsangebote ausbauen
  - Ehrenamtliches Engagement und Vereine als Lernorte der Demokratiebildung fördern
  - Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) fortentwickeln und finanziell ausbauen
  - Starke Förderung benachteiligter Gebiete und Bergregionen über die GAK gewähren
  - Baurechtliche Privilegierung für bäuerliche Familienbetriebe sicherstellen
- Digitalisierung und Bauernhof 4.0:
  - Schnelles Internet (FTTH) und 5G-Netze zügig flächendeckend ausbauen
  - Datensicherheit und Datenhoheit gewährleisten.

### **3. Nachhaltiges Wirtschaften fördern – ökonomisch, ökologisch und sozial**

- Wasser-/Gewässerschutz auf Basis relevanter und transparenter Messergebnisse durch geeignete, verhältnismäßige und praxistaugliche Bewirtschaftungsmaßnahmen
- Grundsatz „Schützen durch Nützen“ sicherstellen, insbesondere auch im Rahmen der auf Bundesebene geplanten Waldstrategie 2050
- Vorrang dem kooperativen Natur- und Umweltschutz gewähren
- Freiwillige Agrarumweltmaßnahmen über GAK stärken
- Ausgewogenheit und Toleranz gegenüber allen Bewirtschaftungsformen sicherstellen
- Vorrang für die Sachorientierung in Fragen der Landbewirtschaftung sicherstellen
- Ökolandbau, Regionalvermarktung und Diversifizierung vor allem in der Wertschöpfung stärken
- Praxistaugliche Regelungen für Wolf und andere große Beutegreifer sowie für Arten wie Biber, Fischotter usw. mit regional überhandnehmenden Problemen schaffen; Überprüfung des jeweiligen Schutzstatus in Bezug auf regionaler Bestandsentwicklung und Situation; Einführung einer Ausgleichsregelung für Schäden an Anbauflächen (z.B. Grau- bzw. Nilgänse)
- Keine Unterordnung des Jagdrechts als Eigentumsrecht unter das Naturschutzrecht
- Gestaltung, Nachbesserung und Umsetzung von Umweltrecht unter dem Maßstab „Mach- und Leistbarkeit für kleine und mittlere Familienbetriebe“ gewährleisten

- Sustainable Finance: Bewertung im Finanzierungs- und Kreditwesen nach wie vor im Schwerpunkt auf die Risikoorientierung ausrichten und tragende Rolle der Wirtschaftsakteure wahren
- Faire Handelsabkommen, die EU-Standards und den Schutz von heimischen Bauern und Verbrauchern sicherstellen

#### **4. GAP ab 2023 in Deutschland: Praxistaugliche und bürokratiearme Umsetzungen nötig!**

- Konsens der Zukunftskommission Landwirtschaft ist zu berücksichtigen, dass Bauern mit freiwilligen Ökoleistungen auch Geld verdienen können müssen.
- Bundespolitik muss bei der nationalen Gestaltung der „Grünen Architektur“ auch das Umsetzungsniveau der Nachbarstaaten in der EU berücksichtigen. Aus vielen EU-Staaten (z.B. Österreich, Frankreich) ist zu vernehmen, dass dort niederschwellige Zugangsmöglichkeiten zu den Ecoschemes vorgesehen werden sollen.
- Nachbesserung des Maßnahmenangebotes vor allem für Grünland-, Futterbau- und Ökolandbaubetriebe
- Keine Dumping-Förderung bei den Ecoschemes – keine Kannibalisierung zwischen den Förderangeboten in der 1. und 2. Säule
- Verlässlichkeit bei der Honorierung von Umweltleistungen
- Umsetzung der Konditionalität mit Augenmaß
- Unbürokratische Umsetzung des „aktiven Landwirts“
- Soziale Konditionalität ab 2025 bürokratiearm und pragmatisch umsetzen
- erhöhte Junglandwirteförderung zielgerichtet in der 2. Säule umsetzen.

#### **5. Tierhaltung und Tierschutz: Praxistaugliche Weiterentwicklung ohne Strukturbrüche**

- Verbesserung der Wertschöpfung für die Erzeuger und Stärkung der Stellung der Erzeuger in der Wertschöpfungskette, vor allem mit Blick auf die zunehmende Konzentration im vor- und nachgelagerten Bereich, insbesondere die Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels
- Leitlinie der Bundespolitik sind praxistaugliche, gemeinsam erarbeitete und langfristig verlässliche Konzepte zur Weiterentwicklung von Tierhaltung und Tierschutz, die auf Akzeptanz entlang der Lebensmittelkette von Erzeugern bis zum Verbraucher stoßen
- Sachorientierte Regelungen bei konkreten Vorgaben zur Tierhaltung sicherstellen, die den Ansprüchen des Tierschutzes, der Verbraucherakzeptanz und der Umsetzbarkeit durch die Landwirte gerecht werden
- Rahmenbedingungen vor allem im Baurecht und Immissionsschutz, die den Bau neuer Tierwohlställe ermöglichen
- Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Tierhaltung in offenen Märkten sicherstellen
- Auf einfache, populistische Forderungen verzichten

#### **6. Klimaschutz: Land- und Forstwirtschaft als Teil der Lösung stärken**

- Sonderrolle der Land- und Forstwirtschaft beim Klimaschutz anerkennen und stärken: einzige Branche, die mit ihrer Biomasseproduktion zum Klimaschutz beiträgt und über Böden und Wälder aktiv und dauerhaft CO<sub>2</sub> bindet
- Klimaschutzleistungen der Land- und Forstwirtschaft - Speicherung von CO<sub>2</sub> – sind monetär zu bewerten und den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben finanziell zu entlohnen (Klimafonds und Gelder aus der Wirtschaft zur Kompensation von unvermeidlichen Restemissionen)
- Bioökonomie verstärkt umsetzen und Chancen nutzen (z. B. Bauen mit Holz)
- Land- und Forstwirtschaft beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen (z. B. Ressource Wasser für Lebensmittelerzeugung und Wälder sichern, Förderung Waldumbau und Waldschutz, Umgang mit Borkenkäfer)

#### **7. Energiewende: Dezentrale Energieversorgung vorantreiben und erneuerbare Energien ausbauen**

- Verstärkte Umsetzung von dezentralen Energiekonzepten mit Bioenergie, Biogas, Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft
- Ausbau der Energienetze: fairen Interessenausgleich als Basis für Akzeptanz unter anderem auch über wiederkehrende Leistungen bei den HGÜ-Trassen schaffen; Steuerfreiheit für Entschädigungs- und Ausgleichszahlungen; frühzeitige Einbindung der Betroffenen

- Beitrag zum Klimaschutz über EEG-Anschlussregelungen für Erhalt der bestehenden Bioenergie-Leistung, für Potenziale der Wasserstofftechnologie und für angemessenen Ausbau regenerativer Energien sowie Unterstützung der Biokraftstoffe

## **8. Steuer- und Sozialpolitik: Bäuerliche Familienbetriebe stärken**

- Wirkungsvolle, steuerfreie Risikorücklage zur Stärkung des einzelbetrieblichen Risikomanagements einführen
- Modernisierung des Forstschädenausgleichsgesetzes
- Entfristung der Tarifiermäßigungsvorschrift für die Land- und Forstwirtschaft
- Steuervereinfachungen und Steuerentlastungen wahren und fortführen, unter anderem bei Besteuerung von Agrardiesel und über Verfahrensvereinfachungen
- Keine Vermögensteuer
- Eigenständiges Sozialversicherungssystem für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau beibehalten
- Landwirtschaftliche Unfallversicherung durch 200 Mio. Euro/Jahr Bundesmittel stärken
- Arbeitszeitgesetz flexibler gestalten
- Mütterrente stärken
- Ausreichende Verfügbarkeit von Saisonarbeitskräften

## **9. Ernährungs- und Verbraucherpolitik: Bewusstsein schärfen**

- Ernährungs- und Verbraucherbildung stärken: Bewusstseinschärfung für Saisonalität und Regionalität bei Privat- und Großverbrauchern
- Gegen Verbrauchertäuschung und für mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln
- Wertschätzung von Lebensmitteln und hauswirtschaftliche Kompetenz von klein auf fördern
- In der Gemeinschaftsverpflegung muss ein verpflichtender Anteil an regionalen Produkten eingeführt und entsprechend staatlich gefördert werden.

## **10. Bildung, Forschung und Wissenstransfer: Die Praxis in den Blick nehmen**

- Forschungs- und Innovationsinitiative „Zukunftswirtschaft – Deutschland“ für noch nachhaltigeren Agrarbereich und als Schubkraft für Bioökonomie
- Angewandte Forschung für Land- und Forstwirtschaft seitens Bund und Länder ausbauen, vor allem in Bezug auf bäuerliche Familienbetriebe
- Breiten und direkten Wissenstransfer von praxistauglichen Ergebnissen stärken
- Ausbau der Angebote für lebenslanges Lernen
- Bildung: Nachwuchsförderung stärken und demokratische Bildung auf dem Land fördern
- Land- und forstwirtschaftliche Aus- und Fortbildung weiterentwickeln und dauerhaft sicherstellen

## **Erforderliche Leitplanken**

---

- Bekenntnis zu
  - Eigentum
  - bäuerlichen Familienbetrieben als wirtschaftliche und gesellschaftliche Säulen im ländlichen Raum
  - Vielfalt in der Land- und Forstwirtschaft und für eine starke und nachhaltige Wertschöpfung über alle sich bietenden Möglichkeiten
- Sachlichkeit, Respekt und Praxisbezug statt Polemik und Populismus
- Starkes Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und den ländlichen Raum mit umfassendem, zusätzlichem Etat, um die ländlichen Räume als vitale Heimat für die dortigen Menschen zu stärken
- Bessere Rechtssetzung: Weniger Bürokratie, mehr Praxisorientierung, Sachpolitik und Verlässlichkeit sowie keine nationalen Alleingänge, sondern 1:1-Umsetzung von EU-Recht
- Zielkonflikte anerkennen und auflösen, die durch widersprüchliche Erwartungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik an Bauernfamilien herangetragen werden, zum Beispiel: Erzeugung hochwertiger Lebensmittel nach sehr hohen Standards in Deutschland versus internationaler Marktöffnungen

Mehr Positionen und Anliegen des Bayerischen Bauernverbandes zu aktuellen und grundsätzlichen Themen sind auf der BBV-Internetseite abrufbar: [www.bayerischerbauernverband.de/positionen](http://www.bayerischerbauernverband.de/positionen)